



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

427 (16.9.1931) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-360160](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-360160)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Mannheimer General-Anzeiger

Verleger: Durch Träger frei Haus monatlich RM. 2.—, in anderen Bezugsstellen abgeholt RM. 2.50, durch die Post RM. 3.— monatlich Zustellgebühr. — Adressen: Waldstraße 4, Rosenstraße 2, Schlegelstraße 12/13, Reiterstraße 12, 14, Reiterstraße 4, Po. Hauptstraße 25, W. C. Hauptstraße 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verlag, Redaktion und Geschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 249 61. — Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 173 98. — Telegramm-Adresse: Remagel Mannheim

Anzeigenpreise: Im Einzelheft RM. 2.— die 20 mm breite Spalte; im Restheft RM. 2.— die 20 mm breite Spalte. Für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für telephonische Aufträge keine Gewähr. — Geschäftshaus Mannheim

Mittag-Ausgabe

Mittwoch, 16. September 1931

142. Jahrgang — Nr. 427

Gandhis Lehren für das Abendland

Besser als alle Gewalt ist die seidene Schnur der Freundschaft - Gandhi fordert völlige Selbstregierung für Indien

Nede auf der Indienkonferenz

Drabing auf Londoner Vertreter
London, 16. Sept.

Gandhi hat gesprochen auf der Indienkonferenz, bei der Gandhi eine weitausgehende Rede gehalten, die in der großen Versammlung der Konferenz, die in London eröffnet wurde, die englischen Staatsmänner eine große Niederlage der Konferenz. Der Maharadscha von Baroda, einer der bedeutendsten Fürsten Indiens, ergriff die Initiative auf Gandhi zu und berührte seine Rede als Zeichen der Unterwerfung. Dagegen weigerten sich viele der anderen Delegierten.

Diese Duldung war wohl für die Augen der englischen Minister bestimmt, aber sie zeigt jedenfalls, wie allgemein das Vertrauen ist, das die Führer aller Stände Gandhi entgegenbringen. Gandhis Rede spielte in der

Bestätigung völliger Selbstregierung für Indien, was er nicht an der Fähigkeit Englands, Indien zu beherrschen zu halten, erklärte der Maharadscha. Er ist ein Indier, das mit der seidenen Schnur der Freundschaft an England gefesselt ist, wird ihm ein viel wertvolleres Partner sein." Gandhi sprach nicht von einer völligen Unabhängigkeit von England, obwohl er das ausschließliche Recht der Entscheidung für Indien als Zeichen der Selbstständigkeit forderte. Er erklärte unter Hinweis auf die Unabhängigkeit von England, dass er nicht als britischer Untertan bezeichnet werden könne. Er wolle lieber ein Rebelle genannt werden als ein Untertan. Sein Ehrgeiz ginge dahin, eines Tages der Bürger einer großen Gemeinschaft britischer Nationen zu sein.

Gandhi hat auf diese Weise die weitgehenden Selbstständigkeitsforderungen des indischen Nationalkongresses vorgebracht, ohne den Weg zur Einigung zu verschließen und sogar ohne den englischen Ministern einen Schrecken einzujagen. Seine Rede war für Indien nach außerordentlichem Interesse und Interesse, dem Inhalt nach allerdings genau so unvollständig wie seine Reden vor dem Nationalkongress in Karachi. Es ist jedoch unumkehrbar, dass die Stimmung auf der Indienkonferenz bedeutend höher geworden ist, nachdem man gesehen hat, dass Gandhi nicht mit der Absicht gekommen ist, Unruhe zu stiften. Im Gegenteil, unterirdische Kräfte sind entstanden, die es möglich sein wird, auf der Basis gegenseitigen Respekts eine Verständigung zwischen Indien und England herbeizuführen, um die Nationalisten zu beruhigen und doch England weiterhin einen ausgleichenden Halt in Indien gewährt. Die Beratungen der Konferenz werden jetzt ernstlich beginnen. Es ist jetzt schon klar, dass Gandhi darin eine ganz unumkehrbare große Rolle spielen wird.

Englische Neuwahlen schon im Oktober?

Drabing auf Londoner Vertreter
London, 16. Sept.

Es wird in Londoner politischen Kreisen jetzt allgemein angenommen, dass Neuwahlen nicht mehr länger als bis Oktober hinausgeschoben werden können. Die Konservativen bringen auf das Wahlrecht und die Arbeit des Unterhauses sind in dieser Hinsicht, dass eine Wahl schon im Herbst möglich ist. In Frage kommen könnte, am Ende nächster Woche in Frage kommen könnte, sondern auch ein Teil der anderen Parteien, doch ist immer noch möglich, dass ungewisse Vorgänge auftreten, die die Weiterarbeit der gegenwärtigen Session rechtfertigen. Beispielsweise könnte eine Veränderung in der Zusammensetzung der Regierung die Neuwahlen hinauschieben. Die bevorstehende Frage ist jetzt das Wahlrecht.

Die öffentliche Meinung ist derzeit zugunsten der Einführung von Schenksteuer gekommen, dass die gegenwärtige Regierung eigentlich ohne Vertrauen der Wählerschaft einen Nationalkongress einleiten könnte.

Was bringt die neue Notverordnung?

Drabingbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 16. Sept.

Man rechnete bisher damit, dass die neue Notverordnung der Reichsregierung, die in ein ganzes Bündel von Einzelreformen umschließt, etwa am 10. September herum bekannt gegeben werden würde. Es zeigt sich aber nach den inzwischen festgestellten Referentenentwürfen, dass die Prüfung und Verabschiedung der umfangreichen Materie doch noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, so dass die Veröffentlichung erst kurz vor dem Inkrafttreten am 1. Oktober erfolgen dürfte. Als erstes Problem hat das Reichsministerium inabedend

die Bankenauflage

beschäftigt, ohne dass bisher eine Einigung erzielt werden konnte. Die Reichsregierung hat den ihr von Herrn Silberding ursprünglich inangurierten Plan einer umfassenden Kontrolle, die einer Sozialisierung des Bankwesens gleich käme, wieder fallen lassen. Sie wird sich wahrscheinlich damit begnügen, ein Kuratorium einzusetzen und die Leitung eines Reichsministeriums für das Bankwesen bei der Reichsbank zu schaffen. Für diesen Posten soll, wie es neuerdings heißt, der Ministerialdirektor im preussischen Handelsministerium, Erich, angetreten sein. Das Kuratorium hat sich aus dem Reichsbankpräsidenten, dem Staatssekretär des Reichswirtschafts- und Finanzministeriums, einem Mitglied des Reichsbankdirektoriums und dem Reichsbankpräsidenten selbst zusammensetzen. Heute die Aufgabe, die Richtlinien für die Tätigkeit des Reichsbankpräsidenten aufzustellen. In Zweifelsfällen würde die Regierung die Befugnis haben, Änderungen von den Banken über alle geschäftlichen Vorgänge zu verlangen, die Einfluss von Banken und Schriften zu fordern, und es wäre weiterhin berechtigt, Mitteilungen an die sachverständigen Organe oder an die Aufsichtsbörden zu machen. Es kann an Generalversammlungen und Verwaltungsausschüssen teilnehmen und die Einberufung solcher Sitzungen verlangen. Schließlich soll ihm auch das Recht eingeräumt werden, Ordnungsmaßnahmen zu verhängen.

Heute wird, wie verlautet, das Kabinett sich auch schon mit dem im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Projekt befassen, das

die Aufhebung von 100 000 Erwerbslosen

vorliegt. Es scheint, dass im Reichsarbeitsministerium, das ja als Zentrum der Erwerbslosen an dem Plan besonders interessiert ist, keine Bedenken gegen den Entwurf des Finanzministeriums erhoben werden.

Das zweite allerdings erst Snowden aus dem Kabinett verschwinden sein, da er nach wie vor am Reichsbankpräsidenten festhält. Aber Snowden hat abgemittelt, dass er sofort nach der Durchführung der Konventionen aus dem Amt zurücktreten wird. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, obwohl unwahrscheinlich, dass die gegenwärtige Regierung ohne Snowden und ohne Wahlen einen Solifortis einleitet. In den letzten Tagen hat sich jedoch die parlamentarische Anstellung so fortzusetzen, dass die Wahlen im Oktober zu rechnen ist.

Spende des englischen Rundfunks an das Schachamt

London, 16. Sept. Der Generalpostmeister Dr. Webb hat gestern im Unterhaus die Mitteilung, dass die britische Rundfunk-Gesellschaft (B.B.C.) sich entschlossen habe, als Beitrag zur Unterstützung der nationalen Kampagne gegen die Einweisung von Arbeitslosen in das Schachamt zu verzichten. Die Einnahmen des B.B.C. betragen im vergangenen Jahr 124 300 Pfund, wovon 1 043 000 Pfund aus Eisensteuern kommen.

Bedenkliche Unruhen in der englischen Flotte

Wegen der Herabsetzung des Soldes

Drabing auf Londoner Vertreter
London, 16. Sept.

Die britische Admiralität gibt bekannt, dass die Unruhen der asiatischen Flotte abgedrückt worden sind, weil unter den Mannschaften Unruhen ausgebrochen seien. Die Matrosen wenden sich gegen die Herabsetzung der Löhne, die im Rahmen des nationalen Sparprogramms durchgeführt worden ist.

Nach dem Kommuniqué der Admiralität ist erkennbar, dass die Marinezeitung die Empörung der Mannschaften mit einiger Sympathie betrachtet. Man hat den ungewöhnlichen Befehl gegeben, die Schiffe in den Hafen zurückzuführen, um die Klagen der Matrosen zu untersuchen. In dem wichtigsten Hafen Swettenham, wo ein Teil der asiatischen Flotte liegt, haben die Matrosen eine Massenversammlung abgehalten, in der Protestresolutionen gegen die Soldherabsetzung angenommen wurden.

Drakonische Sparmaßnahmen in Preußen

Berlin, 15. Sept.

Die preussische Notverordnung ist, wie angekündigt, gestern veröffentlicht worden und wird in ihren wesentlichen Teilen am 1. Oktober wirksam werden. Die Sparmaßnahmen sind in einzelnen, die zum Teil bereits bekannt sind, bringen einmal recht einschneidende Änderungen der Besoldungsordnung mit sich. Höheren und mittleren Beamten, vor allem der Volks- und Mittelschulbehörden, werden die sogenannten Stellengehälter erheblich gekürzt, den außerplanmäßigen Beamten ihre Gehälter aberkannt. Weiter wird eine zweiwöchige Aufschubfrist in die nächsthöhere Dienstaltersstufe verschoben. Eine Ausgleichszulage soll unangenehmere Stellen bei den Beamten, die durch die ersten beiden Notverordnungen des Reiches und die neuen Bestimmungen mehr als 20 v. H. ihres Einkommens verlieren, mildern. Aus der langen Reihe ähnlicher Maßnahmen wäre noch hervorzuheben.

die Angleichung der Gemeindebeamtenbesoldung an die der entsprechenden Staatsbeamten nunmehr strikt durchgeführt werden soll.

Die preussische Regierung wird auch nicht, wie der Finanzminister Dr. Döpler, Hoffen vor Vertretern der Presse vorlegte, vor Einzelgehältern der sogenannten höchsten Besoldungsstufe zurückweichen. Diese Beamten haben bislang einen Abzug ihrer Gehälter als einen Eingriff in die wohlverdienenden Rechte abgelehnt. Im preussischen Kabinett vertritt man dagegen die Auffassung, dass der durch ein solches Gesetz herbeigeführte Besoldungsabzug nicht in diesen Rechten gehöre. Die wohlverdienenden Rechte stellen lediglich eine sogenannte institutionelle Garantie des Staates dar, die sich auf die Gehaltszahlung an sich, die Pensionberechtigung und die lebenslange Anstellung erstreckt. Allerdings wird diese Frage wohl noch endgültig juristisch geklärt werden müssen.

Gleichzeitig ist durch eine zweite Notverordnung die Verminderung der Pensionenabgerundeten um rund ein Drittel

verfügt worden. Diese Kürzung wird natürlich erst bei der Neuwahl wirksam. In ähnlichem Umfang soll auch die Mitgliederzahl des Staatsrats herabgesetzt werden. Doch bedarf es dazu eines verfassungsmäßig beschlossenen Gesetzes, das der Landtag verabschieden muss.

Durch diese Sparmaße glaubt man, den Defizitbetrag des Staatshaushalts ausgleichen zu können. Allerdings dürfte, damit dieses Ziel erreicht wird, die Reichssteuerüberweisungen nicht noch weiter zurückgehen. Wähler indes erhält sich deren absteigende Tendenz. Die letzten Überweisungen vom Monat Juni unterblieben. Zum anderen wird der erhebliche Anstieg bei der Haushaltsausführung durch eine andere Aufstellung der Einnahmen ausgeglichen werden müssen. Das soll in der Form geschehen, dass von den bisher noch für Bauzwecke verwendeten 200 Millionen 100 Millionen in die Staatskasse fließen und weitere 100 Millionen besonders bedürftigen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Durch die neue preussische Notverordnung wird vor allem der Schulbetrieb ganz erheblich in Mitleidenhaft gezogen. Tausende von Jung- und Studienkollegen werden am 1. Oktober aus ihren Schulen scheiden müssen. Zahlreiche Klassen werden eingehen.

Die Klassenfrequenz wird sich dadurch erhöhen und schließlich werden viele höhere Schulen, vor allem die von den Gemeinden unterhaltenen, ihre Pforten überhaupt schließen müssen. Die Lage der Junglehre hat man durch die Erhöhung der für sie bereitgestellten Unterrichtsmittel wenigstens einigermaßen zu erleichtern versucht. Den ursprünglich verfolgten Plan einer Herabsetzung der Altersgrenze der Lehrer hat man fallen gelassen, da man befürchtete, dass das Reichsgericht würde hernach eine solche Anordnung wieder aufheben.

Alles in allem wird man sagen dürfen: Es handelt sich bei diesem Programm geradezu um drakonische Sparmaßnahmen, um Sparmaßnahmen, die in manchen Fällen durch überzogenen Schematismus leicht in tiefen trüben Zeiten zu unerschwinglichen Härten führen. Wie ernst die Dinge liegen, geht wohl daraus hervor, dass selbst die Regierung Braun nicht davon zurückzuckt, die Zahl der Kandidatenabgeordneten, die bisher gebilligte Vorstände der Parteifunktion, anzusetzen (womit sich natürlich an der Heberfälligkeit dieser Institution an sich nicht ändert).

Keine Radikalen als Bürgermeister

Drabingbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 16. Sept.

Die dem „Vorwärts“ aus Schwertingen gemeldet wird, hat die Weidenburger-Schwertinger Regierung jetzt auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten verfügt, dass die bisherigen Bürgermeister von Weidenburg und Wittensburg ab dem 1. April 1932 wieder im Amt bleiben. Dadurch wird die Wahl der Kommunisten Dr. Alexander zum Bürgermeister von Weidenburg und die des Nationalsozialisten Feumann zum Bürgermeister von Wittensburg vorläufig illusorisch.

Der Alexander, der zunächst mit dem Widerstand der von ihm beherrschten Räte drohte, hat sich mit seinem Amtsgenossen abgefunden zu sein. Er will nun auf sein Amt verzichten.

Neuer Weltanschauungsdirektor für Eisenbahnen

London, 16. Sept. Der Weltanschauungsdirektor für Eisenbahnen ist gestern durch den „Arbeitshaus-Direktor“, dem jeweiligen Zug Englands, auf neue Gedanken gebracht worden, der die 774 englische Meilen lange Strecke von Swindon nach dem Waddington-Bahnhof in London in 20 Minuten zurücklegte. Der Zug erreichte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 80 englischen Meilen oder rund 132 km. in der Stunde. Bei der Ankunft in London wurde der Zugführer von Beamten der Eisenbahn, die die Fahrt mitgemacht hatten, begrüßt.

Annahme der Arbeitslosigkeit in England

London, 16. Sept. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 7. Sept. 2 600 000, was eine Zunahme um 18 412 gegenüber dem Vorwoche und um 661 000 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bedeutet.

Neuer Weltanschauungsdirektor für Eisenbahnen

London, 16. Sept. Der Weltanschauungsdirektor für Eisenbahnen ist gestern durch den „Arbeitshaus-Direktor“, dem jeweiligen Zug Englands, auf neue Gedanken gebracht worden, der die 774 englische Meilen lange Strecke von Swindon nach dem Waddington-Bahnhof in London in 20 Minuten zurücklegte. Der Zug erreichte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 80 englischen Meilen oder rund 132 km. in der Stunde. Bei der Ankunft in London wurde der Zugführer von Beamten der Eisenbahn, die die Fahrt mitgemacht hatten, begrüßt.

Ein unerbittlicher Fragebogen in Genf

An das Anleihe suchende Oesterreich vom Finanzkomitee des Völkerbundes

Drohung anleres eigenen Vertreters
— Genf, 16. Sept.

Während in den Kommissionen fortwährend geduldet wurde, so die das Finanzkomitee mit der ihm eigenen, streng logischen und distanzvoll verfahrenen Haltung die österreichischen Vertreter, Bundeskanzler Burckhard und Finanzminister Redlich, an. Es gab es keine Proteste und unbehilfliche Vorstellungen. Der geübte aus Wien eingeschickte Bundeskanzler erschien vor dem Finanzkomitee, um die in Wien anberaumten Sparpläne dem Komitee zur Kenntnis zu bringen. Nachdem er sein Vorgesetztes begleitet hatte, richtete man ihn die überraschende Frage, ob die polnischen Verhältnisse in Oesterreich nach dem Detachement als zufriedenstellend betrachtet werden könnten und

ob die jetzige Wiener Regierung stark genug sei, um die radikalen Sparmaßnahmen durchzuführen.

Burckhard glaubte, seine Heberzeugung, daß die Regierung seit im Falle des Scheiterns zu können. Der französische Vertreter überreichte hierauf dem Bundeskanzler, dessen Kopf überhaupt nicht erheitert wurde, einen Fragebogen, in dem das Finanzkomitee seine Wünsche bezüglich der durchzuführenden Sparmaßnahmen ausführte. Der Bundeskanzler sah die Fragen an das Dokument in in deutscher Sprache abgefaßt, schickte mehrere Male energisch dem Kopf und wies anzuweisen. Am Schluß erklärte er, daß er sich über die politische Lage der Dinge mit seinen Beratern austauschen müsse und daher nicht zustande sei, sofort zu antworten. Es wurde ihm die heute nachmittag Bedenkzeit gelassen.

Etwas gedrückt verließen die österreichischen Vertreter den Sitzungssaal. Es wird mitgeteilt, daß in dem französischen das Finanzkomitee die Herstellung der Arbeitslosenversicherung und die Abänderung der Kollektivverträge verlangt wird. Heute wird Burckhard dem französischen Außenminister Briand, der am Mittwoch nach Paris zurückreisen wird, einen Besuch abstatten.

Die Franzosen fühlen sich verkannt und gekränkt

Drohung anleres eigenen Vertreters
— Genf, 15. Sept.

Bundeskanzler Dr. Burckhard, der heute nachmittag hier eintrifft, wird sich im Laufe des morgigen Tages mit Außenminister Briand über die politische Lage Oesterreichs eingehend unterhalten. Es hat in diesem Zusammenhang Stellen sehr verstimmt, daß in der deutschen Presse Anklagen wegen einer sogenannten Exzessivpolitik gegen Frankreich gegenüber Oesterreich erhoben wurden. Man erklärt, daß diese Anklagen vollkommen haltlos seien, denn die französische Regierung habe bisher nicht den geringsten Einfluß auf die Verhandlungen des Finanzkomitees über die Oesterreich zu gewöhnliche Kreditlinie ausgeübt.

Der französische Standpunkt sei nach wie vor, daß Oesterreich sein Budget um mindestens 20 v. H. einsparen müsse.

Dies ist notwendig, da andernfalls in Frankreich nicht die geringste Aussicht für eine Vereinbarung französischer Kreditlinien an einer Oesterreich zu gewöhnliche Kreditlinie besteht. Frankreich habe nicht die nötige politische Herabsetzung an Oesterreich zu stellen und erstrebe mehr denn jemals die Besserung der wirtschaftlichen Lage Oesterreichs in der Zusammenarbeit mit Deutschland. Es wäre im letzten Augenblick politisch sehr unangenehm, die sich abzeichnende Politik wechselseitigen Vertrauens auch eine Verfallensphase gegen Frankreich im Wege zu eröffnen.

Die Jugend - unsere Zukunft

Statt „Bergweisung“ bewährte Verjüngung
unseres Volkes

Die alte bildliche Weisheit von der Dauer des Lebens, das hundert Jahre währt, und wenn es doch kommt, achtzig Jahre, ist von der modernen Statistik längst widerlegt worden. Der Vitalität war auch nie ein Quell, wenn man nicht annehmen will, daß in jenen vorchristlichen Zeiten ein Paradies auf Erden geherrscht habe. Die dritte Auflage des Barometres „Und wenn's fällig gewesen ist, so ist's Waise und Arbeit gewesen“, lautet nicht gerade auf veraltete Lehren, und dieser Teil hat ja auch heute noch seine Gültigkeit behalten, abgesehen eine große Zahl unserer Zeitgenossen von Mühe und Arbeit als Erfüllung des Lebens nicht mehr wissen will. Anders läßt es sich schwerlich erklären, daß die Jugend und herrliche Waise und Arbeit, die Situation der Kinder, immer mehr abnimmt wird. Wohl mag die besondere Seite des Kampfes um Leben, darin in der einzelne gegen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Verarmung in früher nicht gekanntem Maße bekämpft wird, ein gewisses Maß Schuld an der wachsenden Verjüngung der Bevölkerung tragen; doch ist die Schuld vor der Verarmung, die durch die der Arbeitslosigkeit, gegenüber der Kinder eigene Waise und Arbeitslosigkeit, nicht die geringste Ursache der Verjüngung der Bevölkerung. Der Mangel der Arbeitsplätze aber ist Ursache jenes Verarmens, das nun als „Bergweisung der Welt“ bezeichnet kann.

Nach immer nicht kann der eben geborene Mensch erwarten, die hundert Jahre des M. Valms zu erleben. Wenn er nicht schon zu jenen 113,4 Monaten gehört, die von je nach dem Lebensalter im ersten Lebensjahr werden, wird er wahrscheinlich 10 Jahre alt werden, und erst wenn er vierzig Jahre alt ist, darf er die Hoffnung setzen, daß hundert Jahre zu werden. Heute nun sind das nicht mehr als nur fünfzig oder auch nur dreißig Jahren, und die gleich

Polens Geschäftigkeit in Genf

Drohung anleres eigenen Vertreters
— Genf, 15. Sept.

„Eine Polen läßt sich ein dauerhafter Wiederankunft Weltereignis nicht denken“, erklärte die heute eine unbehilfliche Verhinderung der polnischen Delegation. Tatsache ist, daß in den letzten Tagen zwischen den hier wirkenden französischen Diplomaten und dem polnischen Außenminister Jaksell wichtige Vorbereitungen im Hinblick auf die Ausarbeitung eines deutsch-französischen Wirtschafts- und Handelsabkommens getroffen wurden. Es ist der Wunsch der polnischen Regierung, in die deutsch-französischen Verhandlungen eingeschaltet zu werden und gerade Jaksell weist in seinen Reden darauf hin, daß die französisch-polnische Allianz als

Die drei Wege eines deutschen Delegationsmitglieds

Drohung anleres eigenen Vertreters
— Paris, 15. Sept.

Der „Excelsior“ veröffentlicht eine Unterhaltung eines Genfer Mitarbeiter mit dem deutschen Delegationsmitglied, Prof. Wendelsohn-Bartholdy über die Aussichten der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Lage in Deutschland ist, erklärte Wendelsohn-Bartholdy, „fast so wie sie immer war, ob die geplanten Maßnahmen jetzt noch den vollständigen Erfolg haben werden wie eine einige Jahre früher. Die deutsch-französische Annäherung hätte bestimmt schon lange durchgeführt werden müssen. Frankreich und Deutschland sind immer von gegenseitigen Mißtrauen befallen gewesen. England und die übrigen Staaten haben keine praktische Vorzüge geliefert, die die Verhandlung erleichtern könnten.“

Wendelsohn-Bartholdy hat für die Lösung des deutsch-französischen Problems drei verschiedene Wege vorgezeichnet. Der erste Weg sieht eine radikale Vereinigung Frankreichs und Deutschlands mit Belgien und Oesterreich vor. Der Hamburger Rechtsgelehrte denkt an die Bildung eines neuen Staatswesens nach schweizerischem Muster. Die vier Länder würden die vier Kantone bilden. Die Zweisprachigkeit würde in dem neuen Bundesstaat obligatorisch sein. Die Münzangelegenheit wäre sofort durchzuführen. Die Regierung sei nach dem Vorbild eines Bundesrats zu organisieren und hätte nur Fragen der Außenpolitik, der nationalen Verteidigung und des Zollwesens zu erledigen. Die innere Verwaltung würde den Länderregierungen vorbehalten bleiben. Den Präsidenten hätten alle vier Länder nacheinander zu stellen.

Als der französische Journalist sich über diesen radikalen Vorschlag etwas übermäßig zeigte, ging

Auf der Spur der D-Zug-Verbrecher

Telegraphische Meldung
— Budapest, 15. September.

Bei der Fortsetzung der Tschammer auf der Ungarischen Staatsbahn wurde heute der Reichmann der verurteilten Staatsbahnbediensteten gefunden. Es ist nunmehr festgestellt worden, daß die Handlung auf dem am Montag gefundenen Zettel identisch ist mit der auf einem Zettel, das am 10. 1931 in Budapest anlässlich gemeinsamen Untersuchungen der ermittelten im Dienste der Sowjetunion schon mehrere Stellen im Ausland unterzeichnet hatte.

Weiter wurde gestern Abend um die Hundstunde der Welt der Hollenmaschine ein Verbleibungs gefunden, auf dem dem vermissten hennographische Aufzeichnungen zu sehen waren. Diese Aufzeichnungen konnten im hennographischen Büro des Abgeordnetenhauses nicht entziffert werden, so daß man

seitig eingetretene Verminderung der Geburten hat es anzuregen gebracht, daß nicht nur bei und in Deutschland, sondern überall die hundert Millionen Weltbevölkerung weiß machen sind als die niederen.

Nach im Jahre 1910 waren 94% der deutschen Bevölkerung unter 15 Jahre alt, 1925 wurden es nur 87%; 9% waren 1910 über 65 Jahre alt, 1925 nur 6%, und entsprechend hat sich von 61% auf 68,6% der Anteil der erwachsenen Alter von 1910 bis 1925 vermindert. Die Folgen dieser Verjüngung machen sich überall bemerkbar: Die Zahl der Schüler in jeder Klasse ist geringer, der Bedarf an Bänden und Lehrbüchern, die für Kinder bestimmt sind, ist gesunken, während Konsumgüter der Erwachsenen härter gebraucht werden.

Die bei weitem größere Zahl der Erwachsenen erhöht auch den Wohnungsbedarf, den Verbrauch an Gesundheitsmitteln — Tabak, Alkohol, Koffein usw. —, und schließlich ist auch die große Zahl der Verjüngungslagen für die größere Zahl der Erwachsenen bestimmt. Doch mehr Arbeitskräfte als früher Beschäftigung finden, geht aus der Statistik klar hervor; doch aber der fortwährenden Lebensalter und gleichzeitig abnehmender Geburtenzahl der jüngeren Generation die viel mehr Älteren nur unter besonderen Schwierigkeiten werden erhalten können. In eine Heberzeugung, die ihnen heute unserer Eingabeverrichtung große Sorge macht. Der Sozialpolitiker aber denkt noch weiter, er sieht im Schrecken, daß der Geburtenrückgang immer tiefer wird, und rechnet schon aus, wann das deutsche Volk sich nicht mehr vermehren wird und wann der Niedergang seiner Zahl einleiten wird, ein Tag, der allerdings schon näher rückt.

Demgegenüber wird nun einmal gesagt werden, daß alle Verjüngungen zu einer Geburtenrückgang sind, Mittel zu einem Wiederaufbau und Rot und Glanz hat mit dem einen Top überlegen lassen. Die Jugend ist die Zukunft des Volkes! Zu er habe keine Willkür mehr haben, oder nur er nur außer Kraft gesetzt sein für Deutschland!

Nachprüfung für die Einbeziehung bei den künftigen deutsch-französischen Verhandlungen zu betrachten ist.

Die polnische Regierung erstreckt die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages, die Wiederherstellung des Kongressabkommens und eine Verhandlung über das Wiedereintritttreten der Kohlenkonvention. Außerdem möchte sich Polen an eventuellen deutsch-französischen Verhandlungen über intereuropäische Wirtschaftsprobleme beteiligen.

Es wurde mir von dem polnischen Delegierten mitgeteilt, daß die Verhandlungen über den deutsch-französischen Wirtschaftsvertrag in ihren Fortschritten nehmen und parallel mit den polnisch-russischen Verhandlungen über einen Richtungswechsel verlaufen.

Wendelsohn-Bartholdy zu einer anderen Lösungsmöglichkeit über

Er richtete an den Franzosen die Frage, ob er einen wirtschaftlichen Austausch Deutschlands an England vorzöge, d. h. einen vollkommenen Austausch mit gemeinsamen Zins- oder Zinsfußsystem.

Der Franzose gab der Behauptung Ausdruck, daß ein Rücktritt der Ratifizierung die unvermeidliche Folge wäre. Außerdem würde Deutschland die durch den Zolltarif zurück erhaltene europäische Ordnung schwer gefährden.

Wendelsohn-Bartholdy erwiderte darauf, Deutschland habe für dieses Projekt zwar keine besondere Neigung, aber für gewisse Zwangsmaßnahmen der Plan einen wirklichen Wert. Deutschland brauche sofortige Lösungen. In sechs Monaten sei alles zu spät.

Als die Möglichkeit einer dritten Lösung einer europäischen Zusammenarbeit in Centralafrika durch Wendelsohn-Bartholdy selbst nicht mehr. Dieser Weg sei jetzt zu spät. Die beste Lösung, so meinte er abschließend, ist eine

Freundschaftliche Union zwischen Deutschland und Frankreich

In der beide Länder absolut gleiche Rechte haben müßten. Die Hauptaufgabe dieser Union müßte vorzuziehen, das kein politisches Geheimnis zwischen Paris und Berlin bestehen dürfte. Eine derartige Union würde sich gegen niemand richten, Deutschland und Frankreich aber die Beweise geben, auf einen vollkommenen Frieden in allen internationalen Beziehungen rechnen zu können. Auch das christliche Problem könne in gemeinsamer christlicher Zusammenarbeit der beiden Länder in Angriff genommen werden.

Wendelsohn-Bartholdy zu einer anderen Lösungsmöglichkeit über

Er richtete an den Franzosen die Frage, ob er einen wirtschaftlichen Austausch Deutschlands an England vorzöge, d. h. einen vollkommenen Austausch mit gemeinsamen Zins- oder Zinsfußsystem.

Der Franzose gab der Behauptung Ausdruck, daß ein Rücktritt der Ratifizierung die unvermeidliche Folge wäre. Außerdem würde Deutschland die durch den Zolltarif zurück erhaltene europäische Ordnung schwer gefährden.

Wendelsohn-Bartholdy erwiderte darauf, Deutschland habe für dieses Projekt zwar keine besondere Neigung, aber für gewisse Zwangsmaßnahmen der Plan einen wirklichen Wert. Deutschland brauche sofortige Lösungen. In sechs Monaten sei alles zu spät.

Als die Möglichkeit einer dritten Lösung einer europäischen Zusammenarbeit in Centralafrika durch Wendelsohn-Bartholdy selbst nicht mehr

Dieser Weg sei jetzt zu spät. Die beste Lösung, so meinte er abschließend, ist eine

Freundschaftliche Union zwischen Deutschland und Frankreich

In der beide Länder absolut gleiche Rechte haben müßten. Die Hauptaufgabe dieser Union müßte vorzuziehen, das kein politisches Geheimnis zwischen Paris und Berlin bestehen dürfte. Eine derartige Union würde sich gegen niemand richten, Deutschland und Frankreich aber die Beweise geben, auf einen vollkommenen Frieden in allen internationalen Beziehungen rechnen zu können. Auch das christliche Problem könne in gemeinsamer christlicher Zusammenarbeit der beiden Länder in Angriff genommen werden.

Wendelsohn-Bartholdy zu einer anderen Lösungsmöglichkeit über

Er richtete an den Franzosen die Frage, ob er einen wirtschaftlichen Austausch Deutschlands an England vorzöge, d. h. einen vollkommenen Austausch mit gemeinsamen Zins- oder Zinsfußsystem.

Der Franzose gab der Behauptung Ausdruck, daß ein Rücktritt der Ratifizierung die unvermeidliche Folge wäre. Außerdem würde Deutschland die durch den Zolltarif zurück erhaltene europäische Ordnung schwer gefährden.

Wendelsohn-Bartholdy erwiderte darauf, Deutschland habe für dieses Projekt zwar keine besondere Neigung, aber für gewisse Zwangsmaßnahmen der Plan einen wirklichen Wert. Deutschland brauche sofortige Lösungen. In sechs Monaten sei alles zu spät.

Als die Möglichkeit einer dritten Lösung einer europäischen Zusammenarbeit in Centralafrika durch Wendelsohn-Bartholdy selbst nicht mehr

Dieser Weg sei jetzt zu spät. Die beste Lösung, so meinte er abschließend, ist eine

Freundschaftliche Union zwischen Deutschland und Frankreich

In der beide Länder absolut gleiche Rechte haben müßten. Die Hauptaufgabe dieser Union müßte vorzuziehen, das kein politisches Geheimnis zwischen Paris und Berlin bestehen dürfte. Eine derartige Union würde sich gegen niemand richten, Deutschland und Frankreich aber die Beweise geben, auf einen vollkommenen Frieden in allen internationalen Beziehungen rechnen zu können. Auch das christliche Problem könne in gemeinsamer christlicher Zusammenarbeit der beiden Länder in Angriff genommen werden.

Verdacht gegen den Kommunisten Leipzig

— Budapest, 16. Sept. Den Abendblättern zufolge richtet sich der Verdacht der Ministerkammer an der Eisenbahndirektion in die Vorhänge gegen den kommunistischen Agitator Karl Leipzig, der von Herrn Elektschikoff nach Budapest in Leipzig verhaftet war, hielt sich nach seiner Freilassung in verschiedenen europäischen Ländern auf und war auch Mitglied einer kommunistischen Agitationskommission in Paris. Er unterhielt häufige Beziehungen zu den ausländischen Kommunisten. Im vorigen Herbst führte er nach Budapest zurück, wo er für einige Zeit unter festem Kommando stand. Die Polizei kennt ihn als einen der gefährlichsten und verwegenen Kommunisten. Er kam, wie schon gemeldet, aufgrund des bei der Unglücksfahrt hinterlassenen Briefes, dessen Inhalt von den Behörden als mit der Kandidatur Leipzigs identisch bezeichnet wurde, in Verdacht.

Badische Politik

Aus dem Landtag

Der Handelsstandpunkt

Befasste sich am Dienstag mit der Stellungnahme des Staatsministers zu dem Entwurf der Zollkommission über die Zolltarifverhältnisse. Der Berichterstatter (Dr. Hoffmann) stellte den Inhalt seiner Ausführungen dar. Der Berichterstatter des Zolltarifwesens in den Vordergrund. Er soll die Einführung des Zolltarifwesens in Bezug auf Aufhebung von Zöllen und Antidumping, im Gegensatz zu den Vorschlägen der Zollkommission für richtig. Das Zolltarifwesen ist das am häufigsten arbeitende Ministerium. In der Angelegenheit der Zolltarifverhältnisse an das Innenministerium nahm der Berichterstatter eine ablehnende Haltung ein. Soweit es sich um die Verminderung von Zöllen handelt, stimmte der Berichterstatter dem Vorschlag der Zollkommission zu. Darüber hinaus beantragte er für alle Zöllen eine Zolltarifbeschränkung, die natürlich nicht nur für Zöllen, sondern auch für das Fleisch und Gemeindegüter Geltung haben soll.

Die Fraktionen stimmten den Ausführungen des Berichterstatters zu mit der Einschränkung, daß die Frage der Zolltarifverhältnisse eine Frage ist, die vom Reich aus gelöst werden muß. Der Finanzminister trat der Ansicht entgegen, daß nicht politische, sondern wirtschaftliche Gründe für diese Maßnahmen entscheidend gewesen wären. Es der Zolltarifminister gleichgültig der Staatspräsident sei und die Angelegenheit des Zolltarifwesens wachseln sei schon aus diesem Grunde die Aufgabe des Zolltarifministeriums mit einem eigenen Minister notwendig.

Der Vertreter der Volkspartei wies darauf hin, daß die Einführung einer Aufhebung der Zolltarifverhältnisse der Zolltarifverhältnisse der einzelnen Länder herauszufinden. Der Abzug der Zöllen ist eine einseitige politische Frage, solange aber die Staatshoheit der Länder besteht, kann auf der Zolltarifverhältnisse nicht verzichtet werden.

Die einzelnen Kapitel des Zolltarifwesens wurden jeweils im Einklang angenommen. In der Zusammenlegung von Zolltarifverhältnissen über die Zolltarifverhältnisse der Zolltarifverhältnisse soll diese Frage nach eingehend eingeleitet werden.

Stellungnahme des Zolltarifministers

Der Staatsminister hat beschlossen, die im Entwurf des Zolltarifministers durch den Landtag des Reiches und Unterstaats, Dr. Hoffmann zum Vertreter des Zolltarifministers zu bestellen.

Anleihe an das Saargebiet

— Paris, 16. Sept. Der Genfer Berichterstatter des „Ami du Peuple“ berichtet, der Finanzminister des Saarlandes habe sich gegen den Antrag auf Bewilligung einer Anleihe für das Saargebiet beschleunigt und sich für eine Anleihe von 100 Millionen Franken günstig ausgesprochen.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Das Nationalparlament teilt mit: Um und bei Besuchern aus der näheren und weiteren Reichweite innerhalb der morgen beginnenden Herbstferien des Nationalparlamentes kann kein Gelegenheit zu geben, sich über die derzeitige Arbeit der Kammer zu orientieren, werden die Verhandlungen „Der Hauptmann von Mores“ am Sonntag und die „Drei Musketiere“ am Montag bereits um 11 Uhr beginnen und so zeitig endigen, daß die ZuschauerInnen nach allen Richtungen noch erreicht werden können. Die Sonntagvorstellung endet nach 10 Uhr, die Sonntagvorstellung um 11 Uhr. Die Aufführung der „Drei Musketiere“ am Sonntag erfolgt nicht mehr.

Aus Baden

Verkehrsunfälle

Schweigenen, 14. Sept. Ein fiescher Polizeibeamter stürzte auf der Straße zwischen Otterbach und Sooper von seinem Motorrad und erlitt hierbei erhebliche Verletzungen. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß ein Oase, der durch das Nichtsein des Scheinwerfers aufgefunden wurde, direkt in das Vorderrad des Fahrgastes sprang, was sich dabei überlagerte. Ein vorbeifahrender Radfahrer stürzte sich nicht um den verunglückten Polizeibeamten, sondern ergriff den totgefahrenen Oasen und erschoß damit in der schlagenden Dunkelheit. Der Ministerialrat Dr. H. v. Plankstadt, der mit einem von sieben Personen besetzten Kraftwagen vom Durlacher Bahnhof kommend, durch die Frankfurter Straße in Ottersheim. In der Nähe der roten Kreuz-Wache brach der Radfahrer die Eisenstange. Dadurch verlor der Fahrer die Herrschaft über den Wagen, der gegen einen eisernen Mast der Straßenbahn geschleudert wurde, und dann umfiel. Der Fahrer und ein Fritzeleerpaar aus Schweigenen erlitten Kopfverletzungen, die von der sanitätskolonnen Ottersheim verbunden wurden. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt und mußte abschleift werden.

Transextraktion für Stadtrat Frey

Karlsruhe, 15. Sept. In einer außerordentlichen Stadtratssitzung wählte der Vorsitzende dem nach längerer Krankheit zurückgekehrten Stadtrat Wilhelm Frey die ihm obliegenden Pflichten. Er hob dabei hervor, daß der Entlassene ein ganzes Reichstagsmandat (von 1914-1918) in der Partei der Stadtgemeinde Karlsruhe gehalten hat, darunter seit dem Jahre 1914 im Stadtrat. Die Stadt habe in dem Zeitraume einen treuen Bürger und einen mit reichem Wissen des Geistes und gründlichem Wissen ausgehildeten Mitarbeiter verloren, der sich während der langen Zeit seiner Zugehörigkeit zu den Gemeindefunktionen mit großer Hingabe und gewissenhaftem Eifer an der Stadtverwaltung beteiligt hat. Die Stadt Karlsruhe werde ihm ein freundliches Gedenken bewahren. Am der Beisetzung werden der Stadtrat und der Stadtverordneten-Vorstand teilnehmen.

Granzahler Erbschaft

Erllingen, 15. Sept. Die etwas schwermütig veranlagte Witte der über Jahre lebende lebende Johanna Matzold aus Erllingen überließ ihr Vermögen mit Spiritus und Ländereien diesen Kindern an. Einige in der Nähe befindliche Personen weichen sofort, der Frau Hilfe zu leisten, sie mußte jedoch mit anderen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. An ihrem Aufkommen wird zweifelt.

Gannergien

Horn, 15. Sept. Am Strandbad Horn in Horn wurde eine sehr wertvolle Herrenumbrella gestohlen. — In Eningen a. S. wurde in die Kellergewölbe Spinnweben eingebracht und eine Holzmaschine „Torpedo“ im Wert von 300 Mark gestohlen. Auf dem Hofhaus hat ein Hauswerkmeister seinen Geldbeutel mit 300 Mark Inhalt verloren; weil er nicht abgeholt wurde, so liegt Brandversicherung vor. — Ein Hauswirt aus Friedlingen wollte in Wolfershausen sein Motorrad „H 17“ (Vollschlüssel IV B 14010) im Wert von 300 Mark. Vom Hofplatz weg wurde es gestohlen.

Benzinkontrolle an der Schweizer Grenze

Brenz, 14. Sept. Nach einer neuen Verfügung des Reichsfinanzministers darf vom 15. September an im kleinen Grenzverkehr ein deutsches Auto einen Benzintank nicht mehr in der Schweiz füllen, sondern es muß, damit der Benzintank nicht umgangen wird, auf der deutschen Seite seinen Vorrat auffüllen. Dieser Vorrat je Liter 4,5 bis 5,5 Pfennige bzw. 12 bis 17 Cts, während in der Schweiz nach der neuesten Benzinspreistabelle der Liter nur 12 Cts. kostet. Jeder, der Schweizer Grenze passierende deutsche Auto muß in Zukunft auf der Hin- und Rückfahrt seinen Benzinvorrat auffüllen lassen. Nicht betroffen von dieser Maßnahme sind Automobile, die sich länger als einen Tag in der Schweiz aufhalten.

Wieder zwei Brände

Reichen (am Neckar), 15. Sept. Geben nachmittags Brand in dem Detonationsgebäude des Fabrikanten Josef Stoll und des Landwirts Leo Schilling Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über die beiden Gebäude und das angrenzende Wohnhaus des Leo Schilling ausbreitete. Die beiden Detonationsgebäude brannten vollkommen nieder, während das Wohnhaus des Leo Schilling 1. Etage zerstört werden konnte. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 40.000 M.

Durlach, 15. Sept. Der im Ortsteil Durlach gelegene Hof des Bauern Georg Daller brannte am Sonntag vormittag vollständig nieder. Das alte Haus ist bereits vier Mal abgebrannt. Das hier benachbarte neue Haus konnte gerettet werden. Bedeutend große Besenröste sind dem Brand zum Opfer gefallen. Man vermutet Brandstiftung.

Ein Überfallener

Reichen, 14. Sept. Bei den kürzlich abgeschlossenen Wahlen wurden der Reichenener Leuten, die mit Fischen, Pommes, Weinchen usw. über den Rhein gefahren wurden, sich auch ein diebischer Schwelger den interessanten und nicht leicht durchführbaren Wählermanöver zu. Pünktlich schickte er den Kopf und lauter „Dumme Götter, warum wohnt denn ich hier die Bruden dort unten?“

Verleitung zum Meineid

Prozeß Eigner vom Reichsgericht an die Strafkammer zurückverwiesen

Jweibrücken, 15. Sept.

Bei der großen Strafkammer des Landgerichts Jweibrücken war am Dienstag zu wiederholtem Mal Hauptverhandlung wegen des früheren Rechtsanwalts Eugen Eigner aus Wirmelsens und dessen Vertrauten Ida geb. Reich, die sich wegen eines fortgeführten Verbrechens der Verleitung zum Meineid zu verantworten hatten. Dieses Verbrechen gegen einen Rechtsanwalt, eine Seitenhelfer in der deutschen Strafrechtspflege, wurde angedeutet durch eine Verleitung Eigners auf dem

Schick des Parteivorstands

Er hatte in ein und derselben Sache beiden Parteien keine Hilfe geleistet und war wegen dieses Verbrechens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er auch verbüßt hat.

Nach der Anklage soll nach dem Ehepaar Eigner während des Ermittlungsverfahrens wegen des Parteivorstands des Jweibrücker Landgerichts des Rechtsanwaltsbüros zu unrichtigen Angaben verleitet haben, indem er diesem zumutete, über den Verbleib von Kandidaten weisheitswidrige Angaben zu machen und zwar in fortgesetzten Verleihen bis unmittelbar vor die Hauptverhandlung. In seiner Sitzung vom 3. Juli 1930 ergriff das erweiterte Schöffengericht Wirmelsens das Ehepaar einer Verleitung zum Meineid für überführt und sprach gegen Rechtsanwalt Eigner eine

Jahresstrafe von 1 1/2 Jahren

mit höchstem Ehrenlohn aus, gegen die Frau eine Jahresstrafe von einem Jahr. Die Beratungen gegen dieses Urteil beruhen auf Strafgesetzbuch, die am 20. November 1930 das Urteil der Berufung aufgehoben und auf Freisprechung erkannt. Der Freispruch, der damals Aufsehen erregte, wurde in der Hauptsache damit begründet, daß die eideschwörenden Zeugen dem Gericht nicht bezug glaubwürdig erschienen, um allein darauf die Verurteilung stützen zu können.

Wegen Verleitung des materiellen Rechts meldete die Staatsanwaltschaft gegen dieses Erkenntnis

Revision beim Reichsgericht

an und drang mit ihrem Rechtsmittel durch. Das höchste deutsche Gericht erkannte auf Rückverweisung der Sache an die Vorinstanz. Mit einem Aufgebots von rund 20 Jahren, einem Pflichten als Sachverständigen und zwei Verteidigern (Rechtsanwalt Meißner aus Würzburg und Justizrat Wiffar aus Jweibrücken) wurde nun die Hauptverhandlung durchgeführt, die zunächst die Verleitung der Urteile der bisherigen drei Instanzen brachte. In der ersten Instanz hatte Eigner, der sich mit Frau auch auf seinen Selbstschutz unterlassen ließ, Verantwortung geltend gemacht und erklärt, er könne sich an eine Verleitung Eigners nicht erinnern. Vor der Berufungsinstanz aber machte er geltend, daß Eigner zur RBBP gehöre und infolgedessen eingestellt sei.

In der Revisionsinstanz

wandte der Angeklagte die gleiche Taktik an, auch seine Frau bestritt jede Verleitung des Zeugen, jedoch eine umfangreiche Beweisaufnahme angetrieben werden mußte. Die Angeklagten hatten eine Anzahl Einlassungsbücher geführt, die u. a. die Einlassung Eigners darlegen sollten, mit dessen eideschwörenden Aussagen die ganze Anklage ruht und fällt.

Die Revisionsinstanz brachte Neues nicht zutage. Der Angeklagte blieb dabei, daß er Zeugen niemals im Sinne der Anklage beeinflusst habe, Widerprüfe zu früheren Angaben erklärt Eigner mit großer Nervosität. Doch Zeugen Nationalsozialist war, habe er erst später erfahren. Auch Frau Eigner bestritt jede Schuld. Demgegenüber erklärte der Hauptzeuge Eigner von neuem, daß er von beiden Ehegatten wiederholt veranlaßt worden sei, vor Gericht die Unmoralität zu sagen, aber doch der Verhandlung gütlich fernzubleiben.

Im Laufe des Nachmittags wurde eine Reihe weiterer Zeugen gehört, die zum Teil von dem Angeklagten als Entlastungsbücher geladen waren. Von der Verteidigung wurden Anträge auf Ladung weiterer Zeugen gestellt, jedoch die Verhandlung heute nicht zu Ende geführt werden konnte, sondern in den Abendstunden auf Mittwoch vertagt wurde.

Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft

Tarmstadt, 14. Sept.

In 27 Sonderausstellungen wurden sich am Montag die Arbeit der DVG auf der Tarmstädter Herbsttagung. Eine Reihe Ausstellungen, die Sonderausstellungen der Wirtschaftsgesellschaft für Merinozucht, Landbauwirtschaft, Vieh- und Pflanzenschutz, die die Arbeit der Landwirtschaft, des verarbeitenden Landgewerbes, des Obstgewerbes und des Berufsstandes-Schwelms. Weiter wurden die Bestimmungen der

Sonderordnung für die Mannheimer Landesausstellung

vom 31. Mai bis 5. Juni 1932 beraten. Im Sonderausstellung für die Landesausstellung wurden die Erfahrungen erörtert, die mit dem Gegenstandsbereich der Sonderausstellung Hannover gemacht wurden. Die Einrichtung einer kleinen Ausstellungshallen wurde für die Mannheimer Landesausstellung wieder in Aussicht genommen.

Im Sonderausstellung für Tabakbau

wurde über das Ergebnis der vorjährigen Tabakbauausstellung und Fortschritte und über den Stand der 1931 eingeleiteten Versuche berichtet. Ferner berichtete Detonationsminister G. W. Sporer über das Ergebnis der Qualitätsprüfung von Tabaktabak aus DVG-Düngungsvorhaben 1930. Die

Schweres Explosionsunglück

Karlsruhe, 14. Sept. Die beiden Inhaber der Kapferhütte K. F. F. in der Industriestraße, Arthur und Karl F. F., waren am Samstag in der Fabrik mit einem Experiment beschäftigt. Dabei erfolgte plötzlich eine Explosion. Beide Unternehmer erlitten schwere Brandwunden im Gesicht, an den Händen und am Körper und mußten sofort ins Krankenhaus geschafft werden. Wie wir erfahren, ist bedauerlicherweise der Zustand von Arthur F. F., der der Explosion am nächsten stand, sehr ernst. Wie es heißt, wohnen die beiden Fabrikinhaber Karl und Arthur F. F. im Metallschmelzraum in Gegenwart eines Kesselmeisters und eines Chauffeurs einem Versuchsversuch mit gelbem Phosphor an. Obgleich alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen waren, löste plötzlich eine starke Stichflamme aus dem Schmelzgefäß heraus, wodurch die beiden Herren F. F. sehr erhebliche Verletzungen davontrugen, während der Kesselmeister und der Chauffeur unverletzt blieben. Die Verbrennungen sind bei Arthur F. F. derart, daß zunächst für das Augenlicht schlimmes befürchtet wurde. Eine Untersuchung ergibt denn, daß eine Verletzung der Augen nicht vorliegt.

3000 Arbeitslose im Saargebiet

Köln, 14. Sept. Die Arbeitslosigkeit im Saargebiet ist in einem gewaltigen Steigen begriffen. Wie aus dem Nachweis der Regierungskommission hervorgeht, ist nun binnen weniger Wochen eine weitere enorme Steigerung zu verzeichnen. Am 15. September wurden nicht weniger als 30.000 Arbeitslose festgestellt.

Diamantene Hochzeit

Weddelsheim, 14. Sept. Der Würzburger der Gemeinde Weddelsheim, der im 84. Lebensjahre lebende Müllermeister Johannes Lehmann, besocht heute mit seiner gleichaltrigen Ehefrau Magdalena, geb. Moos das Fest der diamantenen Hochzeit. Aus diesem Anlaß überreichte Bürgermeister Moss dem noch sehr tüchtigen und frischen Jubelpaare ein Glückwunschschreiben des bürgerlichen Stadtschreibers und sprach zugleich die herzlichsten Glückwünsche des Gemeinderats aus. Der Vorsitzende des Militärvereinsganges der Bergstraße, Kreisrat Karl B. F., erließen mit mehreren Herren des engeren Verwaltungskreislaufes im Laufe des Jubelpaares, um Herrn Lehmann, der seit Gründung des Militärvereinsganges der Bergstraße dessen zweiter Vorsitzender ist, zu gratulieren. Zahlreiche von nah und fern eingetroffene telegraphische und schriftliche Glückwünsche bewiesen, welchen hohen Ansehen sich das Jubelpaar weit über Weddelsheim hinaus zu erfreuen hatte. Auch im Radio war des frohen Ereignisses durch eine dem Jubelpaar gewidmete Komposition gedacht worden.

Tabakbau

Veitersheim bei Willingen, 15. Sept. Beim Verlassen der Wirtschaft zum Abble für die am Samstagabend der Landwirt Gottlieb Heintze von hier aus noch unbekannter Ursache, die Treppe hinab, etwas blutend kam er nach Hause, wo ihm schlecht wurde. Als bald in das Willinger Krankenhaus verbracht, kam er ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Heintze war 48 Jahre alt und verheiratet. Offenbar hatte er bei dem Sturz einen Schädelbruch erlitten.

Aus der Pfalz

Diebstahl verhaftet

Waldmühlbach, 16. Sept. Im Laufe des abgelaufenen Tages wurden vier junge Kugler im Alter von 18 bis 22 Jahren aus dem nördlichen Stadteil gefangenommen, weil sie in den letzten vierzehn Tagen drei Eisenbahnstahlschienen und vier Eisenbahnstahlschienen verurteilt hatten.

Mits von Lokomotive angefahren

Frankenthal, 15. Sept. Am gestrigen Dienstag rief hier auf dem unbefestigten Ufer der Pfalz-Neckar-Strasse über die schmalen Lokomotivschienen ein Personenzug mit der Lokomotive des Lokalbahnzuges 1885 zusammen. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt. Ein Insasse desselben erlitt Verletzung am Kopf.

Freiwillig in den Tod

Waldmühlbach, 15. Sept. Der etwa 40 Jahre alte ledige Bäckermeister Richard Reber machte am Sonntag seinen Leben durch Erhängen ein Ende. Bereits vor einiger Zeit hatte er versucht, sich durch das Leben zu nehmen.

Tödlicher Motorradunfall

Waldmühlbach bei Reichen a. S. G., 15. Sept. Auf der Rückkehr vom Durlacher Bahnhof verlor der verheiratete Johann F. F. bei der Fahrt auf der Straße zwischen Reichen und Frankenthal die Herrschaft über sein Rad. Er wurde gegen einen Baum getrieben und demnach in seine Wohnung gebracht, wo er bald darnach seinen Verletzungen erlag.

Unter Schloß und Riegel

Wirmelsens, 15. Sept. Gestern hat die Polizei den Kaufmann Adolf W. F. verhaftet, der vor Jahren schon als Völkischler bekannt geworden ist. Wegen verschiedener Verbrechen verhaftet und zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt, verschleierte er damals in seiner Völkisch-jugendliche Völkische, Dankel von Ehrlichkeit um, was wiederum zu Mordoperationen Veranlassung gab. W. F. hat sich diesmal des Darlehensschulden schuldig gemacht, indem er W. F. Darlehen anbot und von ihnen Zinsen zu geben ließ, auf der anderen Seite aber das Darlehen den Betroffenen nicht verweigerte. Er wurde ins Gefängnis eingeliefert.

Vereinstellung „Möglichkeiten der Bildungserhaltung“

Wirmelsens, 15. Sept. Die gemeinsam vom pfälzischen Volkshilfsverband und der Arbeitsgemeinschaft Pfälzer Kunst durchgeführte Vereinstellung „Die Möglichkeiten der Bildungserhaltung“, in der an 70 Beisitzern die verschiedenen Arten der künstlerischen und technischen Beschäftigungen eines Bildnisses vorgestellt wurden, wurde zuerst in Wirmelsens abgehalten. Die Abhaltung, die man auch in anderen Orten mit großem Interesse beobachtet, hatte in Wirmelsens einen besonderen Erfolg. Sie war von 400 Erwachsenen und 370 Schülern besucht. Die Schüler wurden in 17 Vorträgen von je einer Stunde durch die Anstellung geleitet.

Hande im Schloßpark

Waldmühlbach (Weißpfalz), 15. Sept. Einen empfindlichen Schaden erlitt der Gutbesitzer und Schloßherr Rudolf F. F. am Sonntagabend in seinem Schloßpark. Ein unbekanntes Individuum drang in seinen Park ein und verlor etwa 100 Schafe. Sämtliche Schafe mußten getötet werden.

Schwerer Motorradunfall

Obermoschel (am Neckar), 15. Sept. Der in den über Jahre lebende Völkischler Herrmann F. F. von hier verlor sich am Sonntagabend mit seinem Schwager und seinem Schwager auf dem Heimweg von Schiersfeld. F. F. kam der Motorradfahrer W. F. in auswärts mit einem Mädchen als Beifahrer in hohem Tempo dahergefahren, freichte der Herrmann Klein und sich um ihn. W. F. kam zu Fall, desgleichen seine Mitfahrerin. Ein vorüberfahrender Auto, das um Anhalten gebieten wurde, fuhr unbefehligt durch. Ein Kraftfahrzeug erlitt eine Verletzung. W. F., der einen schweren Schädelbruch und eine Augenverletzung erlitten hatte, und das ebenfalls schwer verletzte junge Mädchen in ihre Wohnung nach Hintersbach. Beide Verletzten sind noch nicht vernehmungsfähig.

Kleine Mitteilungen

Die Kopfhaare weggerissen

Heppenheim, 15. Sept. Ein 19jähriger Bursche aus dem nahe gelegenen Hambach fuhr gestern abend mit seinem Fahrrad die Dorfstraße hinauf, wo er an der Ecke der Dorfstraße ein entgegenkommendes Personennauto passierte und im gleichen Augenblick mit diesem zusammenstieß. Der Knack war demnach hart, daß dem jungen Mann sich die halbe Seite der Kopfhaare abgerissen wurde und an dem Lichtschalter hängen blieb. Unter sehr heftigen Schmerzen und Schreien wurde der Bedauernswerte von einem herbeigeeilten Arzt verbunden und sofort dem Heppheimer Krankenhaus eingeliefert.

Mord und Selbstmord

Wangenlandheim bei Kreuznach, 15. Sept. Der 21 Jahre alte Kraftwagenführer Leo E. F. aus Sponheim erlitt heute 30 Jahre alte Frau E. F. aus Wangenlandheim und riefte hierzu die Hilfe gegen sich selbst. Das Motiv der Tat ist noch nicht bekannt. E. F. wird allgemein als ein fleißiger Mensch geschätzt.

Neuordnung bei Kammgarnspinnerei Kaiferslauten AG.

Gläubigervergleich und Kapitalanleihe

Die im 1922 beschlossene Interessengemeinschaft der Kammgarn-Spinnereien mit dem Kammgarn-Vertriebsverein wurde Anfang August d. J. gelöst. Schon damals...

Die im Juli 1931 beschlossene Interessengemeinschaft der Kammgarn-Spinnereien mit dem Kammgarn-Vertriebsverein wurde Anfang August d. J. gelöst. Schon damals...

Spinnerei und Weberei Steinen i. B. AG.

Vertrag der Gläubiger mit Aktienkapital

Die unter dem Vorsitz von Dr. Alfred Bredt (Mannheim) abgehaltene Versammlung der Aktionäre der Spinnerei und Weberei Steinen i. B. AG. am 10. August d. J....

Die unter dem Vorsitz von Dr. Alfred Bredt (Mannheim) abgehaltene Versammlung der Aktionäre der Spinnerei und Weberei Steinen i. B. AG. am 10. August d. J....

Die unter dem Vorsitz von Dr. Alfred Bredt (Mannheim) abgehaltene Versammlung der Aktionäre der Spinnerei und Weberei Steinen i. B. AG. am 10. August d. J....

Die unter dem Vorsitz von Dr. Alfred Bredt (Mannheim) abgehaltene Versammlung der Aktionäre der Spinnerei und Weberei Steinen i. B. AG. am 10. August d. J....

Neue Richtlinien für Genossenschaftskredite

Sindberilligung

1. Die reichsweit genehmigte Sindberilligung für die zur Finanzierung der Betriebskosten in Anspruch genommene Wechselkredit, die zunächst für den Zeitraum vom 1. Juli bis zum 30. September 1931 abgeschlossen und erfüllt werden, ist nunmehr auf den 30. September 1932 abgelaufen und ist zu erneuern.

2. Eine Sindberilligung wird ferner genehmigt für Kredite, die gegen die von der Deutschen Genossenschaftsbank ausgetretenen Wechselkredite ausgestellt werden sollen. Diese Kredite sind bis zum 30. September 1932 abgelaufen und sind zu erneuern.

3. Eine Sindberilligung wird ferner genehmigt für Kredite, die gegen die von der Deutschen Genossenschaftsbank ausgetretenen Wechselkredite ausgestellt werden sollen. Diese Kredite sind bis zum 30. September 1932 abgelaufen und sind zu erneuern.

Die Gläubigervereinbarung

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Neue Bekanntmachung der Berliner Börsen

Über die Eintragung von Aktien

Die Bekanntmachung der Berliner Börsen über die Eintragung von Aktien ist nunmehr abgeschlossen.

Die Bekanntmachung der Berliner Börsen über die Eintragung von Aktien ist nunmehr abgeschlossen.

Die Bekanntmachung der Berliner Börsen über die Eintragung von Aktien ist nunmehr abgeschlossen.

Die Gläubigervereinbarung

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Die Gläubigervereinbarung

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Die Gläubigervereinbarung

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Die Gläubigervereinbarung

Die Gläubigervereinbarung der Deutschen Kreditbank-Aktiengesellschaft über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Hannoversche Waggonfabrik AG. (Hawa)

Die Gläubigervereinbarung der Hannoverschen Waggonfabrik AG. über die Aufnahme von Darlehen und die Ausgabe von Wechseln ist nunmehr abgeschlossen.

Handelsklassen und Oberlagererchein

im Reichswirtschaftsrat

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Ende des Portugieserherbites an der Oberhaardt

Der Viehhandel im August

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Ende des Portugieserherbites an der Oberhaardt

Der Viehhandel im August

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

Die Verhandlungen über die Handelsklassen und Oberlagererchein im Reichswirtschaftsrat sind nunmehr abgeschlossen.

